

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter
Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Druck: E. M. Schütz, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
Best. und Versand jed. am Platz, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-64.
Fernruf: 4692.

An unsere Mitglieder.

Die gegenwärtige Zeit in Verbindung mit der Besetzung der linken Rheinseite (Crefeld als Sitzungsort unseres Verbandsorgans) ermöglichte eine frühere Herausgabe der vorliegenden Nummer der Textilarbeiter-Zeitung nicht. Diese Verhältnisse bringen es auch mit sich, daß der Inhalt der vorliegenden Nummer in einigen Teilen überholt ist. Wir bitten unsere Mitglieder, das jetzt obwaltende Schicksal in altbewährter Treue zum Verbandsorgan hinzunehmen. Wir haben begründete Hoffnung, daß die Textilarbeiter-Zeitung demnächst wieder ordnungsgemäß erscheinen wird.

Im vierten Quartal sind bis jetzt für die Zentralkasse bedeutend weniger Zahlungen a conto eingegangen, als wie das in den früheren Quartalen der Fall war, trotz erhöhter Beiträge und erheblicher Neuaufnahmen an Mitgliedern. Wir bitten die Ortsgruppenvorstände, insbesondere die Kassierer, dringend, keine erheblichen Geldbeträge in den Ortsgruppen bis zum Quartalschluß zurück zu behalten, sondern dieselben im Laufe des Quartals durch a conto Zahlungen der Zentralkasse zu überweisen. Geschieht das nicht, dann erwacht der Zentralkasse und dem Verbandsorgan wesentlicher Schaden. Der Sicherheit halber bitten wir das Geld per Postanweisung an Kollegen Heinrich Schaffrath in Düsseldorf 56, Konfordiastraße 7, einzusenden.

Im übrigen müssen wir noch darauf hinweisen, daß die Erwerbslosenunterstützung nur solchen Mitgliedern gewährt werden darf, die mindestens 52 volle Wochenbeiträge entrichtet und unmittelbar vor Eintritt der Erwerbslosigkeit für die vorhergegangenen 26 Wochen volle Beiträge geleistet haben. Dieser Beschluß der Verbands-Generalversammlung muß unter allen Umständen hochgehalten werden.

Die Verbands- und Schriftleitung.

Die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Betriebe

Unsere wirtschaftliche Lage ist jetzt eine äußerst schwierige. Zu den ungeheuren Kriegsschulden kommen voraussichtlich große Kriegslasten, welche die Gegner uns auferlegen werden. Die Aufbringung der Lasten wird nicht nur eine Umstellung des Steuer- und Abgabensystems, bezw. eine starke Heranziehung des Reizes und Kapitalgewinnes notwendig machen, sondern man wird auch daran gehen müssen, bestimmte Betriebe, bezw. ganze Industrien zu vergesellschaften, bezw. zu verstaatlichen. Die gegenwärtige Revolutionsregierung hat bereits eine Kommission eingesetzt, die recht bald ein Gutachten darüber abgeben soll, welche Betriebe vergesellschaftet werden können. Die Kommission setzt sich zum Teil aus Männern zusammen, die auf dem Gebiete der Volkswirtschaft einen Namen haben.

Es ist selbstverständlich, daß es sich bei der Frage der Vergesellschaftung der Betriebe um eine Maßnahme handelt, die von außerordentlich großer Tragweite für das gesamte

Wirtschaftsleben ist. Bei der Lösung dieser Frage muß die größte Vorsicht obwalten, damit nicht dort, wo die private Initiative, die schöpferische und bahnbrechende Betätigung des Einzelnen nicht entbehrt werden kann, großes Unheil — letzten Endes zum Schaden der Arbeiterschaft — angerichtet wird. Diese Seite der Angelegenheit spielt eine besondere Rolle bei Industrien, welche auf dem Gebiete der Konkurrenz mit dem Auslande einen schweren Stand haben und in der Produktion selbst eine große Vielgestaltigkeit aufweisen. Letzteres gilt auch für unsere Textilindustrie. Das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, „Die Freiheit“, fordert bereits die sofortige Verstaatlichung auch der großen Webereien und Spinnereien. Der Vorwärts, Redakteur Rothner, hat in einer Schrift gefordert, daß auch der gesamte Ein- und Ausfuhrhandel und der Großhandel nach dem Auslande verstaatlicht sein soll. Alle diese Forderungen gehen viel zu weit und würden das Wirtschaftsleben lahm legen. Das sozialdemokratische Programm sieht bekanntlich u. a. die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vor. In dieser allgemeinen Weise kann aber unmöglich verfahren werden, wenn nicht das ganze Wirtschaftsleben in Trümmer geschlagen werden soll. Von verantwortlicher sozialdemokratischer Seite und auch von Seiten der freien Gewerkschaften ist bereits betont worden, daß die sozialistische Organisation der Wirtschaft nicht national, d. h. in einem Staat für sich allein, geregelt werden kann, sondern international erfolgen muß. Etwas anderes ist es aber, ob nicht bestimmte Industrien in Deutschland nicht nur ohne Schädigung unserer Wirtschaft, sondern gerade im Interesse der Allgemeinheit, verstaatlicht werden können. Ueber die Frage der Vergesellschaftung der Betriebe im allgemeinen brachte die Zeitschrift der „Der Konfessionär“ einen Artikel, den wir, ohne uns mit allen Einzelheiten einverstanden zu erklären, der Orientierung halber wiedergeben. Es heißt da u. a.: „Man wird zwangsläufig

zwei Richtungen unterscheiden.

Die allerschärfste will das Aufheben jeden Privateigentums; beschränkt sich also nicht auf die Produktionsmittel. In zahlreichen Köpfen spukt überhaupt eine falsche Vorstellung vom Wesen des Sozialismus, den man vielfach mit diesem Verlangen gleichgestellt hat. Verständlich ist es fast, denn die politischen Gegner der Sozialdemokratie hatten ein Interesse daran, die Dinge so darzustellen. Der Appell an die Angst hat auch nicht versagt. Dies hat jedoch sicher mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Abgesehen von der Tatsache, daß somit ein falsches Bild gezeichnet worden ist, hatte es zur Folge, daß den wirklichen und ernsthaften Zielen für die Umgestaltung des Wirtschaftslebens viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Längere Ausführungen über diese extreme Richtung sind nicht vonnöten, denn tatsächlich ist die Verwirklichung ihrer Ziele so gut wie aussichtslos. Obwohl es vermessen wäre, über die zukünftige Entwicklung irgend etwas vorzusagen, kann diese Behauptung doch mit aller Bestimmtheit aufgestellt werden. Die Zahl derjenigen, die im deutschen Volke derartigen Träumen nachhängen, ist so verschwindend klein, daß sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Die zweite Richtung spricht von der

Vergesellschaftung der Produktionsmittel schlechthin.
 Produktionsmittel sind, was zur Güterherstellung bestimmt ist. Es kommen also im wesentlichen in Betracht Fabrikanlagen, Maschinen und Gerätschaften jedweder Art. Das Verlangen der Vergesellschaftung bis zu seiner schärfsten Ausprägung angewendet, käme der ersten Richtung ziemlich nahe. Wird wirklich die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel verlangt, so ist nicht recht einzusehen, wo eigentlich halt gemacht werden soll. Zum Beispiel die Spaten in einem Bergwerk sind unzweifelhaft Produktionsmittel, sogar kapitalistische. Was sind aber Spaten, die in größeren Plätzen jeder Hausbesitzer und in kleineren jeder Hausbewohner zur Reinigung der Bürgersteige, Höfe usw. anzuschaffen gezwungen ist? Wenn im letzteren Falle der gleiche Gegenstand zum Umpflanzen eines Gartens benutzt wird, so ist er unzweifelhaft wieder Produktionsmittel. Hier liegen schon sehr große Schwierigkeiten, auf die in größerer Ausführlichkeit nicht eingegangen werden kann.

Zwei Möglichkeiten der Vergesellschaftung bestehen. Zunächst die glatte Konfiskation, also die Enteignung ohne jede Entschädigung, oder die Ablösung, Ueberführung in den Besitz der Allgemeinheit gegen Entschädigung. Der hervorragendste Theoretiker, den die Sozialdemokratie zurzeit besitzt, der Geläuterer der Werke von Karl Marx, des geistigen Vaters des Sozialismus, und Verbreiter seiner Ideen, Karl Kautsky, erklärt den ersten Weg für ungangbar. Allerdings will er im Wege einer scharfen Besteuerung den Entschädigten zum allergrößten Teil das wieder abnehmen, was sie erhalten haben.

Am meisten Aussicht auf Verwirklichung, sofern geregelte Verhältnisse bei uns an der Tagesordnung bleiben, hat die Aufschauungsweise, deren Vertreter die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel, also anders ausgedrückt, die

Verstaatlichung der Großbetriebe

wollen. Es besteht natürlich die Möglichkeit, alle Betriebe, die eine bestimmte Anzahl Arbeiter beschäftigen oder z. B. in der Textilindustrie somasoo viele Spindeln oder Webstühle besitzen, für National Eigentum zu erklären und die Entschädigungsfrage jetzt oder später zu regeln.

Die Folgen zwar wären nicht abzusehen und würden einfach das Fortbestehen des Staates in Frage stellen. Abgesehen . . . , daß tiefeingreifende Maßnahmen solcher Art in das Wirtschaftsleben zu unterbleiben haben, bis die ordnungsgemäß gewählte Nationalversammlung darüber befinden kann, lassen sich gewisse Umrisse der möglichen Neugestaltung doch erkennen. Eine Forderung, die vor dem Kriege längst mit viel größerem Nachdruck auch von anderen Parteien als der sozialdemokratischen hätte erhoben werden müssen, ist, daß

jedem Privatmonopol ein Staatsmonopol vorzuziehen ist.

Wo sich die Verhältnisse so entwickelt hat, daß einige wenige Kunznieber der Allgemeinheit werden, wird die Verstaatlichung, man kann es wohl sagen, zu einer sittlichen Forderung. Ueberhaupt hat, wenn sich die Verhältnisse erst einmal wieder gefestigt haben, Nichtsgrat für das Handeln eines jeden Gewerbstätigen zu werden, sein Privatinteresse in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen der Allgemeinheit. Wucherer und Schleichhändler, wie sie sich während des Krieges haben drehtmachen dürfen, müssen für alle Zeiten der Vergangenheit angehören. Als weiser geeignet zur Verwaltung der Allgemeinheit kann die Ausbeutung der Bodenschätze gelten. Die Bergwerke unbedingt, vielleicht auch der Hüttenbetrieb, sind reif für die Verstaatlichung. Pflanz und Eisen sind unentbehrlich für die menschliche Existenz geworden. Ihre Gewinnung geschieht in Massen. Hier bestehen kaum irgendwelche ernsthaften Bedenken für die Uebernahme durch den Staat. Lediglich besteht z. B. auch der preussische Staat ungenügend mit Kohlen und Erden im Saarrevier und hat auch versucht, im Ruhrgebiet festen Fuß zu fassen. Ebenso das Kaliyndkat kann durch staatliche Verwaltung abgebaut werden. Wie es möglich gewesen ist, die Eisenbahnen mit Privatbesitz nicht nur

zu übernehmen, sondern dauernd fortzuentwickeln und auf der Höhe zu erhalten, so können alle Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in gleicher Weise übernommen werden. Hierbei handelt es sich jedoch, was wohl zu beachten ist, immer um Gebrauchsgüter, die in großen Massen begreht werden und einen einheitlichen gleichförmigen Bedarf befriedigen.

Wesentlich anders liegen jedoch

die Verhältnisse in der verarbeitenden Industrie,

richtiger Veredelungsindustrie. Während bei den vorhin erwähnten Unternehmungen die Einheitlichkeit des Produktes das hervorragende Merkmal ist, ist es hier die Vielgestaltigkeit. — — — Es ist natürlich möglich, z. B. eine Brotfabrik auf dieser Grundlage zu betreiben (gemeint ist die Grundlage einer Produktionsgenossenschaft. Schriftl. d. Textilarbeiter-Bez.), nicht aber eine Bekleidungsanstalt. Die Bedürfnisse und der Geschmack des verbrauchenden Publikums sind zu vielgestaltig, um auf diese Weise befriedigt zu werden. Hier wird ein Privatbetrieb immer nährbringender arbeiten. Nun läßt sich freilich hierauf sagen, daß durch irgendwelche obrigkeitlichen Anordnungen beispielsweise eine einheitliche Bekleidung für alle männlichen und weiblichen Personen vorgegeschrieben werden könnte und diese Schwierigkeiten damit beseitigt sind. Ganz abgesehen von der Frage, ob hiermit die große Masse der Bevölkerung einverstanden sein würde, darf doch nicht vergessen werden, daß

wie ein auf Warenexport angewiesenes Land

flad. Wir sind nicht in der Lage, genügend Nahrungsmittel im Lande selbst zu produzieren und darum auf Einfuhr angewiesen. Diese bezahlen wir mit unseren Industrieerzeugnissen. Das Ausland hat diese gekauft, gerade weil durch die Vielgestaltigkeit der Produktion die Güte der Erzeugnisse gewährleistet war, die wiederum auf den Wettbewerb der Unternehmer untereinander zurückzuführen ist. Es ist ein volkswirtschaftlicher Grundsatz, der als unerschütterlich gelten kann: entweder ist ein Land in der Lage, Waren zu exportieren, oder es müssen Menschen auswandern. Am schwersten hierunter zu tragen würden gerade die arbeitenden Klassen haben.

Wie es nicht möglich sein wird, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in vollem Umfange auf die Landwirtschaft anzuwenden, wo man sich mit der Zerstückelung der großen Güter begnügen muß, weil sonst das Interesse des einzelnen an der Bearbeitung des Bodens und der Erhaltung der Produktionsmittel aufhört, so wird man auch bei der Industrie nicht nach einem einheitlichen Schema verfahren können. Würde man es trotzdem versuchen, das Chaos und der wirtschaftliche Ruin wären die Folgen. Mit ganz wenigen Worten soll schließlich noch auf die Stellung des Handels eingegangen werden. Der Streit in der Theorie, ob der Handel als ein produktives oder unproduktives Glied der Volkswirtschaft zu betrachten sei, kann hier nicht näher erörtert werden, obwohl es zur größeren Klarheit wünschenswert wäre. Immerhin können unter Umständen die Geschäftseinrichtungen als Produktionsmittel gelten und die Ablösung des Handels durch ähnliche Einrichtungen, wie sie etwa die Konsumvereine darstellen, in Frage kommen. Diese Möglichkeit soll nur angedeutet werden, an eine Verwirklichung ist wohl vorerst nicht zu denken. Der Schaden für die Allgemeinheit wäre nicht minder groß, als wenn allgemein die ganze Industrie für National Eigentum erklärt würde.

Trügerische Hoffnungen

Sagen manche Leute in bezug auf die schnelle Behebung der Bekleidungsnot und sahen Einfuhr einer guten Beschäftigung in der Textilindustrie. Gewisse Kräfte in der Presse, wie „Reise Textilrohstoffnot“ u. ä., fügen diese Ansichten. Es kann nicht genug vor überhöchlichen Hoffnungen gewarnt werden. Die Rohstoffmengen, welche wir noch im Lande haben, sind nur beschränkt. Am allgemeinen wird, bis wieder Rohstoffe vom Ausland kommen, nur etwa der fünfte bis sechste

Teil der Mengen zugewiesen werden können, die in Friedenszeit verarbeitet wurden. Für die Baumwollindustrie ist nur sehr wenig Rohstoff vorhanden, für die Juteindustrie noch weniger. Besser liegen die Verhältnisse in der Woll- und Seidenindustrie, und vor allen Dingen auch in der Leinenindustrie.

Bis zum Eintreffen von Rohstoffen aus dem Auslande wird voraussichtlich noch eine Zeit von mehreren Monaten vergehen. Der Zeitpunkt des Friedensschlusses, ferner die Schiffsraumfrage u. werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Schon aus den genannten Gründen wird die Verarbeitung von Papiergarn nicht sofort ganz verschwinden, trotzdem bedeutende Vorräte an Papiergeweben vorhanden sind und jetzt naturgemäß eine große Zurückhaltung gegenüber den Papiergeweben an den Tag gelegt wird. Für manche Artikel aber, z. B. Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Dekorationsstoffe u. wird zunächst noch Papier in Frage kommen müssen, weil nicht die Möglichkeit besteht, dafür in absehbarer Zeit die früher dazu verwandten Rohmaterialien freizugeben.

Ebenfalls wird nicht damit zu rechnen sein, daß die Preise sobald wieder auf das normale Maß herabsinken. Ein allmählicher Preisabbau ist zwar dringend notwendig, jedoch können wir uns als Textilarbeiter die früheren Zustände hinsichtlich der Preise nicht mal wünschen. Vor dem Kriege konkurrierte in der Textilindustrie der eine Fabrikant gegen den anderen und suchte ihn im Preise zu unterbieten. Diese Unterbietung geschah zum großen Teil wieder auf Kosten der Arbeitslöhne, und die Textilarbeiter waren die niedrigst entlohnteste Arbeiterschicht. Diese Verhältnisse müssen in Zukunft möglichst zu verhindern gesucht werden. Bei allseitigem guten Willen dürfte das auch möglich sein.

Bei einer Betrachtung der Beschäftigung in unserer Industrie für die nächste Zeit darf ein Umstand nicht außer Acht gelassen werden, nämlich: die Kohlenfrage. Unsere Verkehrsmittel sind bis aufs äußerste in Anspruch genommen und durch die Waffenstillstandsbedingungen ganz empfindlich beschränkt worden. Nach Beendigung der Rückbeförderung der Truppen werden die größten Anstrengungen gemacht werden, um die Lebensmittelzufuhr, besonders nach den Städten und Industriegebieten, zu vermehren. Letzteres ist die dringendste Notwendigkeit. Die Kohlenzufuhr wird daher manche Störung erleiden, wodurch die Beschäftigung in der Textilindustrie ebenfalls sehr beeinträchtigt wird. Nach alledem kann nur wiederholt werden: Für die nächsten Monate sind die Aussichten für uns nicht günstig, und es führt zu Enttäuschungen, wenn wir uns trügerischen Hoffnungen hingeben.

Allgemeine Rundschau.

Rutsche und wilde Streiks.

In ernstester Stunde verlangt das Interesse der Gesamtheit die Hingabe aller. Leider bringt die Umwälzung Erscheinungen mit sich, die auch vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus entschiedene Verurteilung verdienen. Die ganz links gerichteten Kreise hegen in einer Weise, die bei mancher Arbeitern die Neigung geweckt hat, die gewonnene Macht aufs rücksichtsloseste zu gebrauchen. Im ober-schlesischen Kohlenbergbau brachen wilde Streiks aus, trotzdem die Gewerkschaften kurz vorher mit den Arbeitgebern Verträge abgeschlossen hatten. Besonders die Polen und Tschechen waren an dem folgenschweren und umfangreichen Ausschlag beteiligt. Auch an anderen Stellen brachen — meist nur örtlich beschränkt — wilde Streiks aus. Ihre Ursachen sind überwiegend politischer Natur.

Die Folgen eines solchen Vorgehens sind gerade jetzt unübersehbar. Die Versorgung der Großstädte mit Kohlen, die Erhaltung, Inbetriebhaltung der Fabriken u. werden dadurch in Frage gestellt. Was das bedeutet, braucht kaum weiter auseinanderzusetzen zu werden. Wir haben als Arbeiter jetzt die Pflicht, rücksichtslos alles zu bekämpfen und hütenanzuhalten, was uns ins Elend stürzen kann. Neben den Rechten, die wir entschieden geltend machen, haben wir auch ernste Pflichten. Das gilt besonders jetzt.

Aus unserer Industrie.

Die Aussichten des deutschen Webstoffgewerbes

werden uns im Augenblick von gutunterrichteter Seite wie folgt gekennzeichnet. Die Mehrzahl der Baumwollbetriebe dürfte auch weiterhin Ersatzstoffe herstellen, da in absehbarer Zeit mit einem Vereinkommen von Baumwolle nicht gerechnet wird. Für diese Betriebe kommt die Herstellung von Papiergarn bzw. von Papiergeweben, soviel von Zellstoffgeweben (Cellulose usw.) in Betracht. Von Wichtigkeit ist es, daß es einem erheblichen Teil dieser und ähnlicher Betriebe gelingen dürfte, Woll- und vielleicht auch Baumwollabfälle zugeteilt zu erhalten, so daß die Herstellung von Mischgarnen in dem Bereich der Möglichkeit liegt. Ob und in welchem Umfange die Zufuhr von ausländischen Wollen möglich sein wird, läßt sich heute natürlich nicht sagen. Jedenfalls werden die Bestrebungen der deutschen Wollzüchter, die Produktion von Wolle im Inlande zu fördern, auch weiterhin die Unterstützung der Regierung wie der beteiligten Kreise finden. Die Rohstoffbeschaffung für die flachsverarbeitenden Industrien ist durch die Vorgänge im Osten schwierig geworden, doch glaubt man, daß bei einem baldigen Frieden auch dieser Industrie größere Mengen von Rohflachs aus Rußland zur Verfügung stehen werden. Auf Lieferung von holländischem Flachs kann fürs erste nicht gerechnet werden, noch viel weniger von solchem aus Frankreich und Belgien. Die Seidenindustrie, welche während des Krieges mit kurzen Unterbrechungen regelmäßig beschäftigt war, hofft immerhin, daß es ihr gelingen werde, auch Rohstoff zu erhalten. Die allgemeine Ansicht, daß Seidenstoffe billiger werden dürften, wird nicht geteilt, umso mehr, da der direkte Bezug asiatischer Rohseiden noch sehr in Frage steht, außerdem aber die italienischen Rohseidenhändler bzw. Erzeuger ganz besonders nach Errichtung eines Verkaufskontors in Mailand, fest auf Preise halten. Die letzteren dürften eher noch gesteigert werden.

Aus unserer Bewegung.

Zurückgekehrt.

Unsere Krieger sind zu ihren Lieben zurückgekehrt. Allerdings nicht alle. In der ungarischen Tiefebene ist die Armee Madensien interniert und im Osten, besonders in der Ukraine, befinden sich noch erhebliche Truppenmassen, deren Rückbeförderung mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Hoffentlich ist allen, einschließend denen, die noch in der Gefangenschaft sind, eine glückliche Heimkehr beschieden.

Nun handelt es sich für uns darum, alles daran zu setzen, den Heimgekehrten eine gute Heimstatt unter uns zu bereiten. Wir grüßen die Heimgekehrten nicht nur recht herzlich, sondern wollen auch dafür mit eintreten und sorgen, daß dieselben Arbeit, Brot und Rechte bekommen. Sache der Ortsgruppenvorstände und Vertrauenspersonen muß es sein, die heimkehrenden Krieger, sofern sie sich nicht sofort zum Wiedereintritt in den Verband melden, aufzusuchen. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, daß wichtige Unrechte an den Verband verloren gehen, wenn der Wiedereintritt länger hinausgeschoben wird. Auch dürften in manchen Orten besondere Versammlungen für die heimgekehrten Krieger zur Aufklärung über die gegenwärtigen Verhältnisse und die Lage in der Industrie und im Verbands zweckmäßig sein. Der Verband geht vorwärts! Die heimgekehrten Kämpfer werden sich dessen freuen und auch bereit sein, an der Verwirklichung unserer Ziele wieder tatkräftig mitzuarbeiten. Darum vereinigt mit den Heimgekehrten weiter gearbeitet an der Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes!

Gemeinschaftsarbeit.

Wir haben kürzlich bereits darauf hingewiesen, daß die Abmachungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einen ungemein großen Fortschritt bedeuten. Wenn

auch in unserer Textilindustrie die Verhältnisse schwierig liegen, so lassen sich doch bei gegenseitigem gutem Willen feste, zentrale Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. Wir sind damit auf gutem Wege. Wo vorläufig Vereinbarungen für die gesamte Branche nicht möglich sind, müssen sie örtlich oder bezirksweise abgeschlossen werden. Es ist anzunehmen, daß alle Arbeitgeber gewillt sind, entsprechend den in Berlin getroffenen Vereinbarungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Gewerkschaften zu regeln. Wo das nicht der Fall sein sollte, hat die Arbeiterschaft die Mittel in der Hand, um ohne Streiks und wilde Putzche zu ihrem Rechte zu kommen. Vieles ist bereits erreicht worden. Es ist damit zu rechnen, daß überhaupt eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter zustande kommt. Eine Arbeitsgemeinschaft, welche sich nicht nur auf die Verständigung über die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sondern auch über all die Fragen, welche das Industrie- und Wirtschaftsleben betreffen, erstrecken wird. Kommt diese Arbeitsgemeinschaft zustande, so wäre das eine große Sache, die einzig in der Welt dastände. Die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens verlangt die Zusammenfassung aller Kräfte. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ein gleiches Interesse daran, daß Industrie und Wirtschaftsleben wieder hoch kommen, was nur in zäher, zielbewußter gemeinsamer Arbeit erreicht werden kann. Wenn die Arbeitgeber eigene Gewinninteressen zurückdrängen, und wir selbst unsere Forderungen in dem Rahmen des volkswirtschaftlich möglichen halten, wird das Ziel auch in gemeinsamer Arbeit erreicht werden können.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit und Betätigung wird voraussichtlich in der Zukunft vor veränderten Verhältnissen stehen. Gewiß, Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben bestehen. Aber die Austragung der Gegensätze erfolgt in anderen Formen. Überall sollen Kollektivverträge abgeschlossen werden und die Austragung der Streitigkeiten durch besondere Schlichtungsinstanzen erfolgen. Aus dieser veränderten Sachlage ergibt sich des weiteren die Notwendigkeit der Stärkung der Organisationen. Zentrale Abmachungen sind nur von Organisation zu Organisation möglich. Auch ist die Einhaltung der Verträge und Vereinbarungen nur möglich, wenn hinter den Abmachungen starke Organisationen stehen. Die Verbände treffen heute die Vereinbarungen. Ebenso wie es notwendig ist, daß die Arbeitgeber dem Arbeitgeberverband angehören, liegt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Notwendigkeit vor, sich ihrem Berufsverbande anzuschließen. Das Interesse der Arbeiter, wie auch das Interesse der Industrie, verlangen bei dieser veränderten Sachlage, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbande anschließen. Nur auf diese Weise kann Befriedigendes erreicht werden. Es muß darum unser Ziel sein, restlos alle Arbeiter und Arbeiterinnen für den Verband zu gewinnen. Die Zeit des Abwartens muß für die Unorganisierten vorbei sein.

Greifeld.

Die Demobilisationsausschüsse, welche nach einem Erlaß des Staatskommissars für die Demobilisierung in allen Stadt- und Landkreisen eingerichtet werden müssen, haben weitgehende Befugnisse. Dieselben sollen vor allem für Arbeits-, Verdienst- und Unterbringungsmöglichkeit, insbesondere auch für die heimgekehrten Krieger sorgen. Zur Erreichung dieses Zieles können dieselben weitgehende Beschlüsse fassen. In manchen Stadt- und Landkreisen werden unsere Mitglieder darauf drängen müssen, daß auch in dem verlangten Sinne gearbeitet wird, denn es geschieht mancherorts bis jetzt noch wenig. Die den Demobilisationsausschüssen angehörenden Arbeiter müssen in der Beziehung nötigenfalls die Initiative ergreifen. In anderen Städten und Kreisen dagegen wird recht eifrig gearbeitet. Der Demobilisationsausschuß der Stadt Greifeld ordnete z. B. für die Übergangszeit folgendes an:

Jeder aus dem Militärdienst Zurückkehrende, der vor Beginn des Krieges in Greifeld in Stellung oder Arbeit war, soll von seinem früheren Arbeitgeber, soweit es irgend möglich ist, wieder aufgenommen werden.

Um dieses zu erreichen, muß der Arbeitgeber entweder

1. die Arbeit strecken oder
2. die vorhandenen Arbeitskräfte zu Gunsten der aus dem Kriege Zurückkehrenden in nachstehender Reihenfolge entlassen:
 - a) Auswärtige, soweit sie nicht bereits vor dem Kriege in derselben Arbeitsstelle waren,
 - b) weibliche Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
 - c) über 18 Jahre alte unverheiratete Personen weiblichen Geschlechts,
 - d) unverheiratete Personen männlichen Geschlechts, usw.

Wird, um Platz zu machen, für einen vom Militär Zurückkehrenden eine Person gekündigt, die alleiniger Ernährer in ihrem Haushalt ist, so ist stets eine 14-tägige Kündigungsfrist innezuhalten. Außerdem sind drei Viertel des Lohnes noch bis zur Aufnahme anderer Arbeit, jedoch längstens noch für 14 Tage nach dem Austritt zu zahlen.

Kriegsbeschädigte sind nicht zu Gunsten zurückkehrender Krieger gekündigt werden.

Auf Grund eingetretenen Arbeitsmangels dürfen Kündigungen nur mit 14-tägiger Frist erfolgen. Ist keine Vollarbeit mehr möglich, so muß Streckung der Arbeit in dem ganzen Betrieb oder in Teilen beselben erfolgen. Arbeitsmangel liegt erst dann vor, wenn durch die Streckung eine Arbeitszeit von weniger als sechs Stunden erreicht wird. Nach erfolgtem Austritt sind drei Viertel des Lohnes noch bis zur Aufnahme anderer Arbeit, jedoch längstens noch 14 Tage weiter zu zahlen, falls der Austrittende alleiniger Ernährer in seinem Haushalt ist.

Beim Strecken der Arbeit wird Tage- bezw. Wochenlohn voll gezahlt und Stunden- bezw. Akkordlohn den verkürzten Arbeitszeiten entsprechend durch Zuschläge erhöht (z. B. bei bisheriger Arbeitszeit von 10 Stunden und Kürzung auf 8 Stunden um 20 o. S.).

In Webereien ist bis auf weiteres nur Einstuhlbetrieb zulässig.

Jeder Arbeitgeber, welcher mindestens 20 Arbeitskräfte beschäftigt, hat ein Verzeichnis seiner Arbeitskräfte anzustellen und stets auf dem Laufenden zu halten, in welchem die Arbeitskräfte, nach den einzelnen Klassen eingeteilt, unter Angabe der Arbeitszeit namentlich einzutragen sind. Dieses Verzeichnis ist am dem Montag jeder Woche, ersinlich am 2. Dezember, dem Demobilisierungsausschuß, Arbeitsvermittlungsstelle, einzureichen.

Vereinbarte oder gesetzliche Kündigungsfristen, welche länger sind als die in den vorstehenden Bestimmungen angegeben, müssen innegehalten werden.

Streitigkeiten, welche aus Anlaß dieser Bestimmungen entstehen, und unbillige Härten, welche sich bei ihrer Durchführung ergeben, kann jede Partei dem Schlichtungsausschuß vortragen, welcher eine Einigung versucht und, falls eine solche nicht zu erzielen ist, eine gutachtliche Meinung dem Demobilisierungsausschuß zur weiteren Veranlassung vorlegt.

Mitglieder stärkt unseren Verband!

Seid unermüdetlich in der Agitation. Unorganisierte darf es nicht mehr geben. Alle, die ernten wollen, müssen auch säen. Was wir in dieser Zeit in der Agitation versäumen, können wir :- in Jahresfrist nicht wieder gut machen. :-

Inhaltsverzeichnis.

An unsere Mitglieder. — Artikel: Die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Betriebe. — Trügerische Hoffnungen. — Allgemeine Rundschau: Putzche und wilde Streiks. — Aus unserer Industrie: Die Aussichten des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus unserer Bewegung: Zurückgekehrt. — Gemeinschaftsarbeit. — Greifeld. —

Verantwortlich für die Schrift: Hugo...

Düsseldorf